

**Karin Dollhausen**

**Das Internet – Ein Medium der  
Politikaneignung?**

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung  
Dezember 2004

---

Online im Internet:

URL: [http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2004/dollhausen04\\_01.pdf](http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2004/dollhausen04_01.pdf)

Dokument aus dem Internetservice Texte online des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung

<http://www.die-bonn.de/publikationen/online-texte/index.asp>

## **Abstract**

### **Karin Dollhausen (2004): Das Internet – Ein Medium der Politikaneignung?**

Spätestens seit den 1990er Jahren wird das Internet als ein besonderer Ansatz- und Bezugspunkt für pädagogische und organisatorische Neuentwicklungen und Veränderungen angesehen. Derzeit mehren sich allerdings die Hinweise darauf, dass die weit reichenden Innovations- und Veränderungserwartungen, die seitens der politischen Bildung in das Internet gesteckt wurden und werden, empirisch kaum nachvollziehbar sind. Karin Dollhausen lotet im Rekurs auf die Erkenntnisse und Befunde der neueren Internetforschung das Potenzial des Internet im Hinblick auf das politische Lernen aus. Dabei zeichnet sich ein Bedarf für eine differenziertere Betrachtung der Einsatzmöglichkeiten und Effektivität des Mediums im Bereich der politischen Bildung ab. Ebenso werden mögliche Entwicklungslinien für den Interneteinsatz in der politischen Bildung aufgezeigt.

## Das Internet – Ein Medium der Politikaneignung?<sup>1</sup>

Wie in anderen Bereichen der Erwachsenen- und Weiterbildung auch, hat das Internet in der politischen Bildung Einzug gehalten. Spätestens seit den 1990er Jahren wird das „Netzmedium“ (Neverla 1998) hier als ein besonderer Ansatz- und Bezugspunkt für pädagogische und organisatorische Neuentwicklungen und Veränderungen angesehen. Dem liegt zum einen die Annahme zugrunde, dass das Internet aufgrund seiner dezentralen Vernetzungsstruktur ein besonderes Demokratisierungspotenzial mitbringt. Zum anderen werden die durch das Internet hinzugewonnenen Möglichkeiten, das selbst gesteuerte Lernen Erwachsener zu fördern, in den Blickpunkt gerückt. Nicht zuletzt werden die Möglichkeiten betont, die Angebote zur politischen Bildung „näher“ an die Informations- und Kommunikationsbedürfnisse der Lernenden heranzubringen.

Derzeit mehren sich allerdings die Hinweise darauf, dass die weit reichenden Innovations- und Veränderungserwartungen, die seitens der politischen Bildung in das Internet gesteckt wurden und werden, empirisch kaum nachvollziehbar sind. Umso wichtiger erscheint es in dieser Situation, mögliche Überschätzungen der Bedeutung des Internet für das politische Lernen zu eruieren und Hinweise für eine differenziertere Betrachtung der Einsatzmöglichkeiten und Effektivität des Mediums im Bereich der politischen Bildung zu sammeln. Dies soll im Folgenden in groben Umrissen geschehen.

### Das Internet in der politischen Bildung

Spätestens seit den 1990er Jahren wird das Internet in der politischen Bildung als Ansatz- und Bezugspunkt für pädagogische Aktivitäten relevant. Ausschlaggebend hierfür ist die Erkenntnis, dass das Internet in alle Bereich des Lebens und Arbeitens vorgedrungen ist und hier zur Veränderung von Informations- und Kommunikationsprozessen, so auch von Lernprozessen beiträgt. Zugleich wird registriert, dass sowohl die Erzeugung und Verbreitung von politischen Informationen und Entscheidungen wie auch die Aneignung von politischen Themen und Problemen in zunehmendem Maße über das Internet ermöglicht wird. In dieser Lage ist es unumgänglich geworden, das Internet als Gegenstand und als Lehr- und Lernumgebung in die politische Bildung zu integrieren. Dabei wird das Internet in der politischen Bildungsarbeit in mindestens drei Hinsichten relevant (vgl. Witt/Kerres 2003, S.415):

- In der *rezeptiven Medienarbeit* spielt das Internet als ein neuartiges Verbreitungsmedium für politische Informationen eine Rolle. Das Internet wird dabei – auch in Analogie zur Behandlung der Massenmedien – auf seine Potenziale zur Selektion und Variation des Mitteilungsgehaltes von Informationen hin beobachtet. So etwa werden hintergründige Macht- und informationelle Verteilungsstrukturen, typische Zugangschancen und -barrieren zu politischen Informationen wie auch das tendenzielle Verwischen der Grenzen von Information und Unterhaltung problematisiert. Das Ziel der pädagogischen Arbeit ist die Befähigung von Lernenden zur kriti-

---

<sup>1</sup> Der Beitrag knüpft an einen Vortrag an, den ich im Rahmen der Edupolis-Konferenz „e-Learning nach dem Hype – zwischen Ernüchterung und der Entdeckung neuer Möglichkeiten für (politisches) Lernen im WWW“ (13. bis 16.10.2004, DGB-Bildungszentrum Hattingen) gehalten habe.

schen Rezeption von medienvermittelten Inhalten, Positionen und Präsentationen.

- In der *aktiven Medienarbeit* wird das Internet hingegen eher neutral, als ein verbreitetes, alltäglich gewordenes Informations- und Kommunikationsmedium angesprochen, das die Lebenswelt von politisch Interessierten und Lernenden zukünftig noch viel stärker prägen wird als bisher. Vor diesem Hintergrund zielt die pädagogische Arbeit auf die Erweiterung der Teilnahmekanäle des Einzelnen am gesellschaftlichen Kommunikationsprozess. Im Mittelpunkt steht die Befähigung des Einzelnen zur kompetenten, gebrauchsbestimmten Nutzung des Internet.
- Im Bereich des *Lehren und Lernens* wird das Internet als neuartige technische Lernumgebung interessant, die einerseits neue Möglichkeiten für das selbst bestimmte Lernen Erwachsener eröffnet, andererseits aber auch das Lernen selbst verändert. Die Herausforderung des Internet wird vor allem darin gesehen, dass mit seinem Auftreten in (politischen) Lehr- und Lernzusammenhängen die Frage nach räumlichen, zeitlichen, individuellen und sozialen Bedingungen der Konstitution und Ausgestaltung von Lernprozessen neu gestellt und im Hinblick auf die Entwicklung des Lehrens und Lernens bearbeitet werden muss.

Die hier genannten Aspekte machen deutlich, dass das Internet mit unterschiedlichen Bedeutungen und in Verbindung mit unterschiedlichen Zielsetzungen in die politische Bildung einbezogen wird. In seiner Komplexität und Multifunktionalität bietet das Internet der politischen Bildung offenbar ausgezeichnete Reproduktions- und Entwicklungsanlässe. Darüber hinaus scheint das Internet in der politischen Bildung aber noch in einer weiteren Hinsicht „neuen“ Sinn und Bedeutung zu vermitteln. Dies wird deutlicher, wenn wir uns die gegenwärtige Position der politischen in der Erwachsenen- und Weiterbildung vergegenwärtigen:

In der wissenschaftlichen Weiterbildungsdiskussion wird seit Jahren sporadisch darauf hingewiesen, dass sich die politische Bildung in einer ernst zu nehmenden Krise befindet. Unter Verweisen auf stagnierende oder sogar zurückgehende Teilnehmerzahlen sowie auf einen Rückgang von öffentlichen Fördermitteln für die Erwachsenenbildung, signalisieren wissenschaftliche Beobachter eine tief greifende Verunsicherung darüber, wie die politische Bildung ihre Position in der Erwachsenenbildung halten bzw. verbessern kann. Einen deutlichen Ausdruck findet diese Verunsicherung in der anhaltenden Kontroverse über einen „betriebswirtschaftlichen Paradigmenwechsel“ in der politischen Bildung (vgl. Sander 1996). Autoren wie Rudolf (2002), Nussli (2004) oder Arnold (2003) plädieren dafür, die politische Bildung zu einer Dienstleistung zu modernisieren, die Menschen vor allem dazu befähigen soll, sich in der entwicklungs- und veränderungsdynamischen Wirtschaft von heute angemessen zu orientieren. Demgegenüber heben Autoren, wie Ahlheim (2001) und Hufer (2004) hervor, dass unternehmerisches Denken die Grundprinzipien der politischen Bildung angreift. Eine unternehmerisch, ja „neoliberal“ (Hufer 2004) agierende politische Bildung, so der Tenor, sei nicht mehr in der Lage, umstrittene Sachverhalte und Probleme im Hinblick auf die Bewusstseins- und Meinungsbildung von Teilnehmenden kontrovers darzustellen. Sie füge sich stattdessen dem Primat des ökonomisch Verwertbaren und verliere somit ihre Identität als jener pädagogische Bereich, der die Förderung der menschlichen Selbstbestimmung auch und gerade bei der politischen Meinungsbildung im Visier

hat. Die hier nur erwähnte Kontroverse weist darauf hin, dass sich die politische Bildung heute in der schwierigen Situation befindet, erkennen zu müssen, dass ihr tradiertes Erscheinungsbild und ihre bisherige Zielrichtung zumindest in Teilen fragwürdig geworden sind, *und* dass die Frage, welche Richtungsänderungen und Neubestimmungen vorzunehmen sind, gegenwärtig offen ist.

In dieser Lage gewinnt offenbar das Internet als neues, Innovation verheißendes medientechnisches Artefakt an Gewicht. Angesichts der beschriebenen Lage der politischen Bildung scheint das Internet zu einem Hoffnungsträger stilisiert zu werden, mit dem sich nicht nur neue Lehr- und Lernmöglichkeiten, sondern auch neue Gestaltungs- und Verbreitungsmöglichkeiten von Angeboten zur politischen Bildung auf tun. Flankiert wird diese Auffassung durch entsprechende Einschätzungen in gängigen Fachzeitschriften wie z. B. „Praxis der politischen Bildung“ (1997, Heft 3). Hier ist von der Veränderung, ja „Revolutionierung“ der politischen Bildungsarbeit durch das Internet die Rede. Im Blickpunkt solcher Argumentationen stehen unbestrittene technische Eigenarten des Internet, darunter

- die Vereinfachung und mithin enorm gestiegene Geschwindigkeit der Produktion, Verbreitung und Rezeption von Informationen,
- die dezentrale Vernetzung von Internetnutzern und damit einhergehende Chancen zur Partizipation an Kommunikationsprozessen.

Die technische Eröffnung von Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten im Blick, werden dem Internet wichtige Potentiale zur Stärkung politischer Bildungsarbeit und politischen Lernens zugeschrieben. Die dezentrale, nicht hierarchische Struktur und die Unkontrollierbarkeit der Internetkommunikation wird als Anzeichen für die Möglichkeit einer demokratischen, gleichberechtigten Teilnahme aller Internetnutzer sowie für Regulierungen durch die Netzgemeinde selbst gesehen. Dem entsprechend wird dem Online-Lernen bzw. E-Learning (Electronic Learning) bescheinigt, dass es dazu beitragen kann, neue Zugänge zu politischen Themen und Problemen und mithin neue Chancen für die politische Bildung zu erschließen.

Sicher eröffnet das Internet wichtige Entwicklungsmöglichkeiten für die politische Bildungsarbeit. Dennoch muss an dieser Stelle auch gefragt werden,

- wie die in das Medium gesetzten Erwartungen einzuschätzen sind und
- wie sich die politische Bildung in Methoden und Zielsetzungen auf die Eigenarten des Netzmediums einstellen kann.

Richten wir hierzu den Blick einmal auf Erkenntnisse und Befunde, die Hinweise auf die Rolle des Internet im Kontext der individuellen und sozialen Politikaneignung geben.

## **Politikaneignung im Internet: Hinweise auf den Stand der Entwicklung**

In der interdisziplinären Diskussion über den gesellschaftlichen und kulturellen Stellenwert des Internet wurde und wird immer auch auf die politische Bedeutung des Internet hingewiesen. Bereits die ersten Protagonisten der Internetdiskussion (vgl. Rheingold 1993, Negroponte 1997, Dyson 1997, Kiesler 1997, Jones 1998), verbanden mit dem Internet die Vision eines weltweiten, basisdemokratisch regulierten Kommunikationsnetzes, das auch in den politischen Systemen des „real life“ Effekte zeitigt. Als eine wesentliche und gegebene Voraussetzung wurde die Interaktivität des Mediums angesehen. Das heißt die Benutzer des Internet sind nicht mehr – wie im Fall der Massenmedien – zu passiver Konsumption vorgefertigter Produkte gezwungen. Vielmehr können sie sich aktiv in das mediale Geschehen einmischen und als „Netzteilnehmer“ an weltweiten Informations- und Kommunikationszirkeln bzw. virtuellen Gruppen und Gemeinschaften über alle erdenklichen Themen debattieren. Beispielhaft wurden hier immer wieder virtuelle Gruppen hervorgehoben, die sich aufgrund gemeinsamer Betroffenheiten der Beteiligten bildeten (vgl. etwa Furlong 1989, Baym 1998). Zudem wurde das Internet nicht trotz, sondern gerade wegen der technisch hergestellten, mithin anonymisierten Kommunikation als ein Medium der Erzeugung gleichberechtigter Kommunikationsverhältnisse hervorgehoben. Das Internet, so wurde propagiert, erlaube es nicht nur, Raum- und Zeitbarrieren zu vernachlässigen, sondern auch, soziale Partizipationshindernisse, wie etwa Autoritäts-, Status-, und Machtunterschiede zwischen den Kommunikationspartnern oder auch äußerliche Merkmale, wie Geschlecht, Alter, Aussehen usw. zu umgehen (vgl. auch Sproull/Kiesler 1991). Mit all dem wurde das Bild vom Internet als einem Medium gestützt, das die Beteiligten zur Meinungsbildung, Konsensfindung, gemeinsamen Problemlösung und schließlich politischen Mobilisierung anregt.

Aus heutiger und speziell aus deutscher Sicht können diese optimistischen Einschätzungen der Bedeutung des Internet für die politische Partizipation als mehr oder weniger euphorische Spekulationen angesichts einer noch vergleichsweise neuen, in Entwicklung befindlichen Medientechnik angesehen werden. Denn mittlerweile mehren sich die Hinweise darauf, dass die Erwartungen wohl zu hoch gegriffen waren. In der laufenden Diskussion über die politische Bedeutung des Internet werden vor allem folgende Realisierungsprobleme des politischen Lernens und der politischen Partizipation im Internet genannt:

- 1) Zwar wird häufig darauf hingewiesen, dass die politische Bildung im Internet Hochkonjunktur hat, und dass sich dies an der Fülle von Internetseiten mit Relevanz für die Politische Bildung zeigt (vgl. Ruprecht/Debus/Langner 2002, S.65; Witt/Kerres 2003, S.420). Zugleich wird beobachtet, dass Angebote, die die Interaktivität des Mediums ausschöpfen und die kommunikativen Elemente bei der Aneignung politischer Themen und Probleme betonen, bislang dünn gestreut sind. Zwar bietet das Internet die technischen Möglichkeiten zur Realisierung von interaktiven Angeboten. Faktisch steckt die Entwicklung von entsprechenden Kommunikationsplattformen jedoch noch in den Kinderschuhen (vgl. Welz 2002, S. 5). Die laufenden Projekte (vgl. Ruprecht/Debus/Langner 2002) werden oft nur von kleinen Gruppen getragen und sind dem permanenten Risiko ausgesetzt, bei Personalwechsel oder Finanzknappheit nicht weiter geführt werden zu können. Zudem ist festzustellen, dass öffentliche Bildungsträger und -einrichtungen als Anbie-

ter von webbasierter Weiterbildung im Vergleich zu kommerziellen Anbietern im Netz unterrepräsentiert sind (vgl. Koring 2001, S.158).

- 2) Die Kompetenzen und/oder Bereitschaft von Lehrenden, die pädagogischen Möglichkeiten des Internet auszunutzen, sind oftmals nicht ausreichend vorhanden. So etwa bemerkt Koring (2001, S.159), dass der tatsächliche Einsatzgrad des Internets und der neuen Medien vor Ort an öffentlichen Bildungseinrichtungen „außerordentlich gering“ ist. Ebenso kommt Stang (2003, S.141) zu dem Ergebnis, dass in deutschen Volkshochschulen der Bereich „Politik-Gesellschaft-Umwelt“ nur 1% der Angebote im Bereich Neue Medien übernimmt. Die Vorbehalte auf Seiten der Lehrenden gegenüber dem Medieneinsatz scheinen sich seit den späten 1980er Jahren nicht wesentlich geändert zu haben. Dies ist, so Koring (2001, S.159), auf Kompetenzprobleme der Lehrenden zurückzuführen, die wiederum nicht bewältigt werden, solange es keine institutionalisierten Motivationsstrategien (Stundenentlastungen, Höhergruppierung, Mittelzuweisungen usw.) in Bezug auf die Entwicklung pädagogischer Medienkompetenz gibt.
- 3) Gewissermaßen komplementär dazu ist die Bereitschaft von politisch Interessierten, sich in virtuellen Kommunikationsräumen und Gemeinschaften zu bewegen, bislang offenbar nur schwach ausgeprägt. Eine von ARD und ZDF aktuell durchgeführte Untersuchung zur Internetnutzung (vgl. Oemichen/Schröter 2004) bestätigt in gewisser Weise die Ergebnisse der Ende der 1990er Jahre von Gruner & Jahr durchgeführten Nutzerbefragung. Dieser älteren Studie gemäß machen den größten Anteil die so genannten „Klicker“ aus, die unsterk durch verschiedene Nutzungsschwerpunkte von Nachrichten bis Unterhaltung reisen. Der Anteil derjenigen Nutzer, die offenbar nur an Zerstreuung und Unterhaltung interessiert sind, betrug der Studie gemäß 25%. Die ARD/ZDF-Studie ist etwas differenzierter hinsichtlich der Charakterisierung von Nutzertypen angelegt, doch fällt das Ergebnis für die Nutzung politischer Informationen ähnlich ernüchternd aus. Die Speziell das Themenfeld Politik spielt bei den Nutzern allenfalls indirekt eine Rolle, so z.B. wenn es um die Gewinnung von aktuellen Nachrichten und Informationen über Deutschland, das Ausland oder über die Region, in der die Nutzer leben, geht. In diesen Fällen liegen quantitativ jeweils die „Jungen Flaneure“ und die „Routinierten Info-Nutzer“ mit 40% bis 50% Anteil an der Gesamtnutzerzahl vorne. Speziell die Routinierten Infonutzer, die den höchsten Anteil stellen, sind allerdings auch diejenigen, die die Möglichkeiten des Internet kaum ausnutzen. Sie sind, so die Autoren, die „typischen Internetuser der vergangenen Jahre“, d. h. die Webpraxis ist noch stark geprägt vom Informationsverhalten bei anderen Medien; schlichtes Nachlesen oder Ausdrucken von Websites ist üblich. Die kommunikativen Seiten des Internet sind sekundär. Nimmt man diese empirische Erhebung zur Grundlage, dann ist davon auszugehen, dass schon die Informationsangebote zu politischen Themen und Problemen von einer vergleichsweise geringen Nutzerzahl in Anspruch genommen wird. Die Nutzung von interaktiven politischen Angeboten dürfte geradezu marginal gemessen am Gesamt der Internetnutzer ausfallen.
- 4) Darüber hinaus mehren sich in der Literatur die Hinweise darauf, dass das Demokratisierungspotenzial des Internet schon aufgrund der technischen Vernetzungsstruktur begrenzt ist. So etwa bemerkt Welz (2002), dass das

Internet wesentliche Erfordernisse im politischen Willensbildungsprozesses nicht erfüllt. So etwa ist das Setzen von politischen Diskussionsgelegenheiten (Agenda-Setting) zwar kein Problem, problematisch ist allerdings die Erreichbarkeit von Rezipienten. Anders als bei Massenmedien wie Rundfunk und Fernsehen sind die Wege vom Informationsproduzenten zum Rezipienten verzweigt und in vielen Hinsichten intransparent. Die für die Verbreitung politischer Informationen so wichtige Annahme der unproblematischen Erreichbarkeit von Wählern wird durch das Internet strukturell verunsichert. Damit einher geht der bereits in den 1990er Jahren bekannte Umstand, dass das Internet eben keine Öffentlichkeit „für alle“ herzustellen vermag, sondern allenfalls für „Teilöffentlichkeiten“, in denen sich Interessierte zu speziellen Themen und Problemen zusammenfinden. Darin, d. h. in der Auflösung von massenorientierten Angebotsstrukturen und Rezeptionsformen zugunsten spezialisierter Angebotsstrategien und entscheidungsabhängiger Rezeptionsformen, kann gerade die Besonderheit des Netzes gesehen werden (vgl. Dollhausen/Wehner 2000). Vor diesem Hintergrund erscheint es kaum plausibel, das Internet – in mehr oder weniger expliziter Analogie zu den Massenmedien – als ein „öffentlichkeitswirksames“ Medium zu begreifen und entsprechende Erwartungen an eine gruppenunspecifische politische Willensbildung zu stellen.

Zieht man die hier genannten Befunde zusammen, dann zeichnet sich zunächst ein ernüchterndes Bild der Bedeutung des Internet für das politische Lernen ab. Offenbar ist das Internet – allen Hoffnungen seitens der politischen Bildung zum Trotz – als Medium der Politikaneignung, Meinungs- und politischen Willensbildung bislang noch kaum genutzt. Die Ergebnisse weisen aber auch auf mögliche Entwicklungslinien hin, die durch eine entsprechende politische Bildungsarbeit produktiv unterstützt werden könnten. Sie werden im Folgenden thesenartig skizziert.

### **Mögliche Entwicklungslinien der politischen Bildung**

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass das Internet in der Erwachsenen- und Weiterbildung insgesamt noch weitgehend als ein Informationsmedium genutzt wird. Den Trägern und Einrichtungen dient es hauptsächlich für eigene Präsentationen. Dabei werden auch Hinweise und Ankündigungen zu politischen Bildungsangeboten ins Netz gestellt. Mit dieser Nutzungsform des Internet kommt die politische Bildung zwar der typischen Gebrauchsweise der politisch interessierten Surfer entgegen. Allerdings werden dadurch die interaktiven Möglichkeiten des Netzmediums kaum genutzt. Zu bedenken wären hier Strategien, die darauf ausgerichtet sind,

- Träger und Einrichtungen viel stärker zu Produzenten von interaktiven Bildungsangeboten zu entwickeln, die dabei gleichzeitig aber auch
- die schwierige Entwicklung politisch interessierter Internetnutzer von Rezipienten zu Mitakteuren in virtuellen Kommunikationszirkeln im Blick behalten.

In diesem Zusammenhang bieten sich z.B. partizipativ angelegte Entwicklungsprojekte an.

Des Weiteren zeigen die Untersuchungsergebnisse zur Internetnutzung, dass das Interesse an „Information“ im Vergleich zum Unterhaltungs- und Konsuminteresse auf Nutzerseite eher schwach ausgeprägt ist. Vor allem jüngere, medientechnisch versierte Internetnutzer wenden sich Informationen mit politischem Gehalt offenbar weniger zu. Dagegen nehmen sie die interaktiven Möglichkeiten des Netzes zu Freizeit- und Unerhaltungszwecken stark in Anspruch. In dieser Situation drängt sich die Frage auf, ob die in der politischen Bildung zum Teil bis heute bestehende Skepsis gegenüber spielerischen, unterhaltsamen Angeboten noch aufrechterhalten werden kann, bzw. ob es sich die politische Bildung noch leisten kann, die offenbar verbreitete Nutzung des Internet als „Unterhaltungsmedium“ zu übergehen. Weiterhin ist dann auch zu fragen, ob es sich die politische Bildung noch erlauben kann, das Niveau kommerzieller Unterhaltung nur zu kommentieren und zu kritisieren, ohne die Möglichkeit der Produktion ansprechender Alternativen wahrzunehmen. Anzuregen wäre das Nachdenken über die Entwicklung von Angeboten zum politischen Lernen, die bewusst auf das Zusammenspiel von Information und Unterhaltung (Info-/Edutainment) setzen und dieses vielleicht sogar thematisch mitführen. Hier zeichnen sich möglicherweise auch neue Kooperationsgelegenheiten zwischen politischer Bildung, Medienpädagogik, Informatik und Kommunikationsdesign ab.

Nicht zuletzt weisen die oben angeführten Ergebnisse darauf hin, dass sich die kommunikative Nutzung des Internet vor allem zur Bearbeitung von Themen und Problemen anbietet, die für die Internetnutzer persönlich von Bedeutung sind. Die Attraktivität von virtuellen Kommunikationszirkeln und Gemeinschaften scheint also weniger darin zu liegen, dass sie weltweit operieren. Vielmehr werden sie geschaffen und genutzt, weil sie den lebensweltlichen Belangen der User Rechnung tragen, also auf der thematischen Ebene die Nähe zu den Nutzern implizieren. Zieht man dieses Charakteristikum der Netzkommunikation heran, dann wäre eine Entwicklungsstrategie der politischen Bildung darin zu sehen, webbasierte Bildungsangebote noch viel deutlicher als bisher unter dem Kriterium der Lebensweltorientierung zu gestalten und dabei Themenöffentlichkeiten herzustellen, die im sozialen Raum unterbelichtet bleiben. Dies mag auch die Inkaufnahme von thematischen Zugeständnissen implizieren. Eine weitere Strategie wäre darin zu sehen, webbasierte Angebote stärker an bereits gegebene „Teilöffentlichkeiten“ etwa einer Gemeinde oder Stadt anzukoppeln. Wegweisende Beispiele hierfür liefern etwa solche Bürgernetze, die nicht nur als Bürgerinformationssysteme der lokalen Administration ausgelegt sind, sondern zudem Möglichkeiten der Teilhabe an Prozessen der Interessensorganisation und -artikulation bieten (vgl. etwa [www.muenster.de](http://www.muenster.de)).

Die hier genannten möglichen Entwicklungslinien sind der politischen Bildung keineswegs unbekannt. Sie unterstreichen vielmehr die Möglichkeit der Weiterentwicklung von Projekten und Ansätzen, die in diese Richtung gehen. Sie führen zugleich aber auch den Gedanken mit, dass eine intensivere Nutzung und stärkere Ausschöpfung der pädagogischen Möglichkeiten des Internet eine Neubalancierung von normativen und pragmatischen Imperativen in der politischen Bildung notwendig macht.

## Literatur

Ahlheim, K.: Mehr als Qualifikation. Profil und Chancen öffentlich verantworteter Weiterbildung, in: EB-Erwachsenenbildung 4/2001, S.184-188

Arnold, R.: Politische Bildung ist Stärkung des Subjekts – Anmerkungen zum Paradigmenwechsel politischer Bildung, in: PÄD-Forum 6/2003, S.327-330

Baym, N.: The emergence of Online-Community, in: Jones, S.G. (ed.): Cybersociety 2.0. Revisiting Computer-Mediated-Communication and Community, Thousand Oaks/London/Delhi 1998, S.35-69

Dollhausen, K./Wehner, J.: Virtuelle Bindungen: Gesellschafts- und medientheoretische Überlegungen zu einem neuen Gegenstand soziologischer Forschung, in: Thiedeke, U. (Hg.): Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen, Wiesbaden 2000, S. 74-93

Dyson, E.: Release 2.0 – Die Internet-Gesellschaft. Spielregeln für unsere digitale Zukunft, München 1997

Furlong, M.S.: An electronic community for older adults: The SenioNet Network, in: Journal of Communication 39, 3, 1989, S.145-153

Hufer, K.-P.: Ein Paradigmenwechsel in der politischen Bildung?, in: Praxis Politische Bildung 8, H./2004, S.191-196

Jones, S.G. (ed.): Cybersociety 2.0. Revisiting Computer-Mediated-Communication and Community, Thousand Oaks/London/Delhi 1998

Kiesler, S. (ed.): Culture of the Internet, Mahwah NJ 1997

Koring, B.: Lernort Internet? Probleme und Potentiale virtueller Lernräume, in: Schmidt, S.J. (Hg.): Lernen im Zeitalter des Internets, Bozen/Wien, 2001, S.157-173

Negroponte, N.: Being Digital, London 1997

Neverla, I. (Hg.): Das Netz-Medium. Kommunikationswissenschaftliche Aspekte eines Mediums in Entwicklung, Opladen/Wiesbaden 1998

Nuissl, E.: Vorbemerkung zu: Rudolf, K./Zeller-Rudolf, M.: Politische Bildung – gefragte Dienstleisterin für Bürger und Unternehmen, Bielefeld 2004

Oemichen, E./Schröter, C.: Die Online Nutzertypologie (ONT), in: Media Perspektiven 8/2004, S.386-393

Rheingold, H.: The virtual community: Homestanding on the electronic frontier, Reading MA 1993

Rudolf, K.: Bericht politische Bildung 2002. Was wollen die Bürger? Eine Marktanalyse zur außerschulischen politischen Bildung in Deutschland, Büdinger/H. 2002

Ruprecht, G./Debus, T./Langner, F.: Politische Bildung im Internet, Schwalbach/Ts. 2002

Sander, W.: Beruf und Politik. Von der Nützlichkeit politischer Bildung, Schwalbach/Ts. 1996

Sproull, L./Kiesler, S.: Connections. New ways of working in the networked organization, Cambridge MA 1991

Stang, R.: Neue Medien und Organisation in Weiterbildungseinrichtungen, Bielefeld 2003

Welz, H.-G.: Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B39-40, S.3-11 vom 30.09.2002

Witt, C. de/Kerres, M.: Technische Lernumgebungen und selbstgesteuertes Lernen in der politischen Erwachsenenbildung, in: Ciupke, P./Faulenbach, P./Jelich, F.-J./Reichling, N. (Hg.): Erwachsenenbildung und politische Kultur in Nordrhein-Westfalen, Essen 2003, S.415-422